

vorab per E-Mail: info@publikumskonferenz.de

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Vorsitzende Maren Müller
Herrn Jens Köhler
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts

DER JURISTISCHE DIREKTOR

Kantstraße 71-73
04275 Leipzig
Postanschrift 04360 Leipzig
Tel.: (0341) 3 00 75 00
Fax: (0341) 3 00 75 30
JuristischeDirektion@mdr.de
www.mdr.de

Programmbeschwerde zu MDR aktuell vom 17.03.2017

Sehr geehrte Frau Müller,
sehr geehrter Herr Köhler,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19.03.2017, in dem Sie sich kritisch mit zwei Beiträgen in „MDR aktuell“ vom 17.03.2017 um 19:30 Uhr auseinandersetzen. Die Intendantin hat mir dies zur Prüfung und Beantwortung weitergeleitet. Darin werde aus Ihrer Sicht mehrfach gegen die Pflicht verstoßen, unabhängig und umfassend zu informieren.

Zu dem Beitrag über einen Angriff auf eine Moschee bei Aleppo kritisieren Sie, dass der Verursacher des Bombardements „bewusst vernebelt“, eine Stellungnahme des US Central Command „verkürzt wiedergegeben“ und die Existenz eines Videos vom Ort des Geschehens, aus dem sich Ihrer Sicht nach die Verantwortlichkeit der USA ergebe, „unterschlagen“ werde.

Zu dem Beitrag anlässlich der offiziellen Verabschiedung von Bundespräsident Gauck aus dem Schloss Bellevue bemängeln Sie die Verwendung der Formulierung „Maßstäbe setzen“. Diese Formulierung, die sich am Ende eines Resümees unseres Korrespondenten über die Amtszeit des Bundespräsidenten findet, beziehen Sie auf das für das tagespolitische Engagement des Bundespräsidenten genannte Beispiel der Kritik am rot-rot-grünen Regierungsbündnis in Thüringen und sehen hierin „ein Paradebeispiel für das Fehlen von Demokratieverständnis beim MDR“.

Zu Ihrer Beschwerdeschrift hat mir die zuständige Redaktion eine Stellungnahme zukommen lassen.

Leipzig, 16.05.2017

Seite 1/3

CS

170516-OS-Programmbeschwerde
MDR aktuell 17.03.2017.docx
VIS II PR 14

Honorarprofessor

Dr. Jens-Ole Schröder

Juristischer Direktor

Tel.: (0341) 300 75 00

Fax: (0341) 300 75 30

Mobil: (0172) 638 06 96

juristischedirektion@mdr.de

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die Intendantin. Der MDR kann auch durch von der Intendantin Bevollmächtigte vertreten werden. Auskünfte über den Kreis der Bevollmächtigten und den Umfang der Vollmachten erteilt der Juristische Direktor des MDR.

Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Verletzung von Programmgrundsätzen kann ich Ihnen mitteilen, dass sich Ihre Vorwürfe nicht bestätigt haben.

Zu dem Bericht über den Angriff auf eine Moschee bei Aleppo ist zunächst festzustellen, dass Beurteilungsmaßstab der Redaktion der Nachrichtenstand am 17.03.2017 war.

In dem Beitrag heißt es wörtlich:

„Auch einen Tag nach dem Angriff auf eine Moschee bei Aleppo mit 42 Toten ist unklar, wer für die Bombardierung verantwortlich ist. Das US-Militär wies eine Beteiligung zurück. Das Zentralkommando erklärte, man habe keine Moschee sondern ein Gebäude angegriffen, in dem sich Mitglieder des Terrornetzwerkes Al-Kaida getroffen hätten.“

Sie kritisieren, dass die Stellungnahme des US Central Command verkürzt wiedergegeben worden sei, indem „unterschlagen“ werde, dass das US Central Command in derselben Erklärung weiterhin mitgeteilt habe, dass sich das durch US-Kampfflugzeuge bombardierte Gebäude 50 Fuß (nur ca. 15 m) von der Moschee befunden habe.

Letzteres ist zutreffend zitiert, allerdings nicht vollständig. So heißt es in der entsprechenden Erklärung:

*“We did not target any mosques, said Col. John J. Thomas, a spokesman for the Central Command, which has responsibility for American military missions in the Middle East. “What we did target was destroyed. There is a mosque within 50 feet of that building **that is still standing.**” (Quelle: New York Times vom 17.03.2017)*

Darauf hat sich die Redaktion in ihrer Meldung gestützt und deutlich gemacht, dass es sich um eine Erklärung des Zentralkommandos handelt. Die Behauptung des Armeesprechers, dass die Moschee noch stehe, war durch die Redaktion anhand der zum Berichtszeitpunkt vorliegenden Informationen und Bildern weder zu widerlegen noch zu bestätigen.

Das von Ihnen beschriebene Video vom Ort des Geschehens lag der Redaktion im Übrigen nicht vor und ist dieser auch nicht bekannt.

Zur Beurteilung des Berichtes über die Verabschiedung von Bundespräsident Gauck ist es m. E. unerlässlich, die betreffende Frage des Moderators und die dazugehörige Antwort des Korrespondenten im ARD Hauptstadtstudio vollständig wiederzugeben:

Frage Robert Burdy

Ein ganz kurzes Resümee: Wie hat Gauck unser Bild von diesem Amt verändert?

Antwort Tim Herden

Gauck hat zum einen dem Amt wieder die Würde gegeben nach zwei recht blassen Präsidenten Horst Köhler und Christian Wulff und er war – anders als viele seiner Vorgänger – ein sehr politischer Präsident, der sich auch in Tagespolitik eingemischt hat. Z. B. hatte er 2014 vehement gegen eine rot-rot-grüne Landesregierung unter Führung der Linken in Thüringen argumentiert. Da hat er sicher einen neuen Maßstab gesetzt.

Die beanstandete Formulierung „Maßstäbe setzen“ bezieht sich somit nicht nur auf das angeführte Beispiel seiner damaligen Kritik an einer rot-rot-grünen Regierungsbildung in Thüringen, sondern auch darauf, dass Joachim Gauck nach Einschätzung des Korrespondenten dem Amt nach zwei recht blassen Präsidenten wieder die Würde gegeben habe und er – anders als viele seiner Vorgänger – ein sehr politischer Präsident gewesen sei, der sich auch in die Tagespolitik eingemischt habe.

Das von Ihnen kritisierte Beispiel dient daher lediglich als Beleg für eine Äußerung des Bundespräsidenten zur Tagespolitik, ohne damit das Ergebnis demokratischer Wahlen in Frage zu stellen. Sicherlich hätte auch ein anderes Beispiel genannt werden können – bspw. die Bezeichnung von NPD-Anhängern als „Spinner“ (die hierzu erhobene Organklage der NPD wurde vom Bundesverfassungsgericht mangels einer Verletzung des Gebotes der Überparteilichkeit im Übrigen zurückgewiesen) – es handelt sich jedoch nur um ein Beispiel stellvertretend für das Verständnis von Joachim Gauck von dem Amt des Bundespräsidenten. In einem kurzen Resümee für MDR aktuell können Informationen und Einschätzungen nur auf wenige relevante Aussagen und die Nennung eines Beispiels reduziert werden.

Die von Ihnen beanstandete Formulierung „Maßstäbe setzen“ stellt ferner eine Umschreibung für das Setzen von Standards dar, was nicht zwangsläufig „positiv konnotiert“ ist.

Ihre Kritik teile ich nach alledem nicht und kann in den beanstandeten Beiträgen keine Verletzung von Programmgrundsätzen erkennen.

Mit freundlichen Grüßen

Honorarprofessor Dr. Jens-Ole Schröder